

Rußland und Deutschland: ihre Beziehungen als integraler Bestandteil gesamteuropäischer Kooperation

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1995). *Rußland und Deutschland: ihre Beziehungen als integraler Bestandteil gesamteuropäischer Kooperation*. (Berichte / BIOst, 39-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41983>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
3

Russisch-deutsche Partnerschaft vor dem Hintergrund der Geschichte

.....
7

Probleme der Identität und gemeinsame Interessen

.....
9

Internationale Einbindung Rußlands

.....
11

Verhärtung der russischen Position

.....
13

Bilaterale Beziehungen

.....
16

Realismus statt überhöhter Erwartungen

.....
20

Szenarien

.....
22

Summary

.....
25

1. August 1995

Heinz Timmermann

Rußland und Deutschland

Ihre Beziehungen als integraler Bestandteil gesamteuropäischer Kooperation

Bericht des BIOst Nr. 39/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Nach einer Phase hoher wechselseitiger Erwartungen in den Jahren 1991/92 sind die deutsch-russischen Beziehungen auf multilateraler und bilateraler Ebene eher von widersprüchlichen Tendenzen geprägt. So wurde Rußland mit tatkräftiger deutscher Unterstützung in eine Reihe internationaler Organisationen einbezogen, doch sorgen konzeptionelle Divergenzen z.B. über die neue Sicherheitsarchitektur in Europa oder militärische Abenteuer wie der Vernichtungskrieg Moskaus in Tschetschenien für wachsende Irritationen. Im bilateralen Verhältnis gab die feierliche Verabschiedung der "Westgruppe der Truppen" in Deutschland beiden Seiten erneut Anlaß, ihren Wunsch nach Intensivierung der Beziehungen zu bekunden. In konkreten Fragen allerdings blieben einige Probleme ungelöst und belasten das deutsch-russische Verhältnis.

Der folgende Bericht befaßt sich mit Stand und Perspektiven der Beziehungen Bonn-Moskau in ihrer multilateralen und bilateralen Dimension, wobei am Schluß die Frage steht: Welche Szenarien lassen sich angesichts der äußerst labilen Bestimmungsfaktoren in Rußland für die Zukunft dieses Verhältnisses aufzeigen? Die Untersuchung stützt sich auf offizielle Dokumente, Presseberichte und wissenschaftliche Analysen aus Rußland und Deutschland.

Ergebnisse

1. Die Herausbildung der Partnerschaft Deutschland-Rußland erfolgt unter völlig anderen Vorzeichen als in früheren Perioden. Beide Staaten haben das Konzept einer "besonderen Mission" überwunden und sich zu gemeinsamen Grundwerten und Grundprinzipien bekannt. Sie haben von Bestrebungen zur Neuauflage eines deutsch-russischen Sonderverhältnisses Abschied genommen und wollen ihre bilateralen Beziehungen als ergänzende und stabilisierende Elemente gesamteuropäischer Zusammenarbeit nutzen.
2. In diesem Zeichen geht die Führung in Moskau zu Recht davon aus, daß die Beziehungen zu Rußland in der Prioritätenskala der deutschen Außenpolitik einen prominenten Rang einnehmen. Dies wiederum stimuliert das Interesse Rußlands an engen Beziehungen zu Deutschland. Dabei ist die politische Elite des Landes und die öffentliche Meinung im allgemeinen weniger beunruhigt über ein Wiederaufleben von Nationalismus und traditioneller Machtpolitik Deutschlands als über deutsche Indifferenz gegenüber Rußland oder gar eine Teilnahme an der Isolierung eines als neoimperialistisch perzipierten Rußland. Für Moskau ist es von

herausragender Bedeutung, in Deutschland einen tatkräftigen Anwalt zu finden, wenn es darum geht, Rußland nicht in die Isolierung zu treiben, sondern das Land in internationale Organisationen einzubeziehen (wie umgekehrt Rußland grundsätzlich eine Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat befürwortet). Tatsächlich trat Deutschland energisch für eine Teilnahme Rußlands an den politischen Beratungen der G7-Gipfeltreffen ein und stellte mittelfristig die Hinzuziehung des Landes auch zu den Diskussionen wirtschaftlicher Probleme in Aussicht, so daß aus der G 7 eine G 8 würde. Damit trägt Deutschland dem Selbstwertgefühl der Großmacht Rußland sowie dem Bestreben Moskaus Rechnung, institutionellen Anschluß an jene sieben führenden Industriemächte zu finden, die die globale Politik ganz wesentlich gestalten und die wichtigsten internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen kontrollieren. Eine ähnlich aktive Rolle spielte Deutschland bei der Ausarbeitung des Partnerschaftsvertrags EU-Rußland vom Juni 1994.

3. Aus russischer Sicht war die aktive Rolle Deutschlands aus zwei Gründen besonders wichtig: a) In *politischer* Hinsicht ist das Interesse Moskaus an einem Nahverhältnis zur EU von der Einsicht bestimmt, daß die Union international zunehmend als eigenständiger Akteur auftritt - insbesondere bei der Neugestaltung des Raums zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Eine Partnerschaft mit der EU mindert die Gefahr, daß Rußland von den europäischen Integrationsprozessen abgekoppelt und isoliert wird. b) *Wirtschaftlich* bietet das Partnerschaftsabkommen, sofern es voll ausgeschöpft wird, Rußland die Chance einer engen Anbindung an die EU, die angesichts der evolutionär ausgerichteten Vertragsbestimmungen dicht an die Schwelle einer formalen Mitgliedschaft heranreichen kann.
4. Im Hinblick auf die KSZE widersetzte sich Deutschland zwar - im Konzert mit den meisten anderen Mitgliedstaaten - den Bestrebungen Rußlands, diese in den Rang einer sicherheitspolitischen Schaltstelle in Europa zu heben. Zugleich zeigte Bonn jedoch großes Verständnis für den Wunsch Moskaus, die Institutionen der KSZE zu stärken und ihre Interventionsmöglichkeiten in Konfliktfällen zu verbessern. Der Grundgedanke deutscher Politik bei alledem ist, Rußland seiner Bedeutung als Großmacht entsprechend bei der Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung in die Mitgestaltung und Mitverantwortung einzubinden sowie das Land zugleich in seinem Verhalten auf gemeinsam verabschiedete Grundsätze festzulegen. Zweifellos spielte bei dieser Generallinie eine wichtige Rolle nicht zuletzt der Umstand, daß Rußland die Abmachungen zum Abzug seiner restlichen Truppen aus Deutschland und dem Baltikum honorierte: Ende August 1994 war die Rückführung tatsächlich abgeschlossen. Rußland rückte geografisch nach Osten, um politisch dem Westen näherzukommen.
5. Indes wurden diese positiven Ansätze durch Entwicklungen abgebremst, die sich negativ auch auf das russisch-deutsche Verhältnis auswirken. So stellte die massive Verletzung der Menschenrechte während des Tschetschenienkriegs die gerade von Deutschland forcierte Strategie einer Einbindung Rußlands in europäische Organisationen auf eine harte Probe. Damit aber hat das deutsch-russische Verhältnis in seiner multilateralen Dimension erheblichen Schaden genommen. Problematisch für das russisch-deutsche Verhältnis könnte darüber hinaus der Ausbruch weiterer potentieller Konfliktherde in Osteuropa unter maßgeblicher Beteiligung Rußlands werden. Das betrifft beispielsweise Varianten der Moskauer Politik einer

Reintegration von Ländern der GUS - Varianten, die nicht durch OSZE-bezogene Verfahren sowie durch Freiwilligkeit unter den Beteiligten charakterisiert wären, sondern durch umfassenden Druck bis hin zu militärischer Gewaltanwendung.

6. Wechselseitige Irritationen erzeugt schließlich die geplante Einbeziehung der Staaten Ostmitteleuropas in die NATO, die von Deutschland grundsätzlich befürwortet, von Rußland dagegen entschieden abgelehnt wird. Deutschland als das östlichste Land des bisherigen Westens steckt hier in einem Dilemma. Einerseits profiliert es sich als prononcierter Anwalt der Einbeziehung der Ostmitteleuropäer in NATO (und EU). Als Land des "Westens", das es nach der Katastrophe früherer Sonderwege geworden ist, liegt sein Interesse darin, im Westen *und* im Osten von politisch, wirtschaftlich und kulturell "westlichen" Staaten umgeben zu sein. Andererseits möchte Deutschland verhindern, daß sich Rußland beim Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen in Europa ausgegrenzt fühlt und erneut den Weg der Konfrontation einschlägt. Die schwierige Balance für Bonn und seine westlichen Verbündeten besteht darin, Rußland als konstruktiven Partner beim Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu gewinnen und zugleich die Ostmitteleuropäer in die europäisch-atlantischen Strukturen zu integrieren (Konzept der "Kooperation und Integration").
7. Im bilateralen Bereich sind beide Seiten bemüht, die positiven Ansätze der Jahre 1991/92 weiter auszubauen. Deutschland betrachtet Rußland als seinen zentralen politischen Partner in Osteuropa und bildet mit einem Warenumsatz von 23 Mrd. DM (1994) den weltweit größten Handelspartner des Landes. Rußland seinerseits sieht in Deutschland seinen wichtigsten Modernisierungspartner und sparte Bonn in seiner Kritik an der westlichen Ostpolitik bislang bemerkenswerterweise aus.
8. Gleichwohl gibt es neben positiven Entwicklungen auch Probleme, die das bilaterale Verhältnis stören. Dazu gehören: das geringe Engagement Moskaus bei der zugesagten Wiederherstellung einer Staatlichkeit für die Wolgadeutschen bzw. bei der Ansiedlung Deutschstämmiger aus Zentralasien in westsibirischen Siedlungsgebieten; die vertraglich zugesagte, bis heute jedoch nicht verwirklichte Rückgabe kriegsverbrachter deutscher Kulturgüter; das niedrige Niveau deutscher Direktinvestitionen in Rußland. Die Gründe für letzteres liegen in den bekannten mangelnden Rahmenbedingungen in Rußland, dessen Eliten ganz offensichtlich die Bedeutung eines attraktiven Investitionsklimas unterschätzen und Direktinvestitionen in den Regionen zumindest nicht fördern.
9. Angesichts der genannten Probleme sollte auf beiden Seiten Realismus an Stelle hochgesteckter Erwartungen treten. Rußland sollte die Fähigkeit Deutschlands zu materieller Unterstützung der Reformprozesse nicht überschätzen. Deutschland wird sich - nicht nur materiell - noch längere Zeit auf die Folgen der Vereinigung konzentrieren müssen. Auch sollten in Rußland keine Mißverständnisse entstehen, wenn Deutschland nicht nur als Partner, sondern gegebenenfalls auch als Widerpart auftritt. Die deutsche öffentliche Meinung andererseits sollte vorschnelle Negativurteile vermeiden und sich immer wieder vor Augen führen, daß Rußland in eine komplizierte Phase des Übergangs eingetreten ist, in der unterschiedliche und sogar gegensätzliche Ansätze nebeneinander existieren. Angesichts der Offenheit der Entwicklungen geht es darum, die negativen Aspekte nicht von vornherein zu verabsolutieren, sondern die

Fähigkeit der russischen Gesellschaft zu weiterer Evolution einzukalkulieren.

10. Der Charakter der russisch-deutschen Beziehungen wird ganz wesentlich davon abhängen, welche Denkschulen und Kräftekonstellationen die Politik Moskaus in Zukunft prägen werden. Ein durch erfolgreiche Systemtransformation und zügigen Strukturwandel gekennzeichnetes Szenario als Voraussetzung für eine gefestigte Partnerschaft Deutschland-Rußland ist unwahrscheinlich: Ihm stehen wesentliche Bestimmungsfaktoren in Rußland entgegen. Nicht völlig auszuschließen ist dagegen ein pessimistisches Szenario, in dem sich wirtschaftlich-sozialer Abschwung, Zusammenbruch von Infrastrukturen, ökologische Katastrophen und Ausbreitung organisierter Kriminalität kumulieren. Eine solche Entwicklung würde die deutsch-russischen Beziehungen schwer belasten - zumal dann, wenn sie einherginge mit kompensatorischer Aggressivität Rußlands nach außen.
11. Am wahrscheinlichsten scheint ein *drittes Szenario*. Gekennzeichnet ist es durch einen transformationspolitischen Stop-and-go-Prozeß ohne stabiles Profil auf Seiten der Machtträger sowie durch eine permanente Selbstanpassung der Gesellschaft. Statt der schwachen politischen Parteien werden es die großen Interessengruppen der staatlichen und privaten Wirtschafts- und Finanzwelt sein, die die Exekutive zu beeinflussen suchen, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Stichworte sind: Beibehaltung eines starken Staatssektors versus Forcierung der Privatisierung; Staatsinterventionismus versus Stimulierung der Marktkräfte; Protektionismus versus außenwirtschaftliche Öffnung des Landes. In den Außenbeziehungen strebt Rußland diesem Szenario zufolge keine Wiederherstellung der alten Union an, sondern beschränkt sich unter Anwendung dosierten Drucks auf die Wiedergewinnung von politischem, wirtschaftlichem und militärischem Einfluß in den Ländern der GUS. Vom Westen erwartet Rußland, daß es als Großmacht mit spezifischen Interessen und daraus abzuleitenden Sonderrechten respektiert sowie als solche an der Entwicklung einer neuen europäischen Architektur angemessen beteiligt wird. Dabei schwankt das Land - auch im Hinblick auf übergreifende Werte und Normen wie Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte - zwischen zwei Richtungen: einerseits einer Politik der Anbindung an Europa, an seine Institutionen und Organisationen, und andererseits dem Streben, als eurasische Macht den Kern einer *eigenen* transkontinentalen Einflußzone zu bilden.
Für die russisch-deutschen Beziehungen bedeutet dieses Szenario: Sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der internationalen Organisationen wird das Verhältnis immer wieder von wechselseitigen Irritationen und Reibungsverlusten geprägt sein. Gleichwohl gibt es zwischen Rußland und Deutschland objektiv gesehen viele gemeinsame Interessen, so daß beide Seiten - auch Rußland - immer wieder zum Anlaß für enge Zusammenarbeit finden dürften.

Russisch-deutsche Partnerschaft vor dem Hintergrund der Geschichte

Der 50. Jahrestag des Sieges der Alliierten über Nazi-Deutschland hat nicht nur wegen der runden Zahl etwas Besonderes. Er gewinnt seinen spezifischen Charakter auch dadurch, daß Deutschland - das 1990 wiedervereinigte Deutschland - in Moskau zum ersten Mal gemeinsam mit seinen damaligen Hauptgegnern der Beendigung des Krieges und der Liquidierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedachte. So sah Ministerpräsident Tschernomyrdin in der Teilnahme von Bundeskanzler Kohl eine Bestätigung dafür, "daß Rußland und Deutschland den Weg der historischen Aussöhnung und der Freundschaft endgültig und fest betreten haben".¹

Die Gemeinsamkeit ist vor allem durch grundlegende Veränderungen in der Sowjetunion bzw. Rußland möglich geworden: Gorbatschow hat mit dem kommunistischen System auch die systembedingte Konfrontation der Sowjetunion mit dem Westen abgebaut und den Ostmitteleuropäern einschließlich der Deutschen in der DDR die "Freiheit der Wahl" gegeben. Anschließend sah es Jelzin als das grundlegende Ziel seiner Politik an, Rußland den Weg in die - wie er es nannte - "zivilisierte Staatengemeinschaft" zu ebnet. Der Abschied Rußlands von "totalitären Illusionen" schaffe die Grundlagen dafür - so Jelzin -, das Vertrauen zwischen den Völkern zu festigen und Beziehungen von Partnerschaft zwischen den Ländern zu knüpfen.²

Partnerschaft - damit war das entscheidende Stichwort gegeben, in dessen Zeichen die Staatengemeinschaft unter Einfluß Rußlands die internationalen Beziehungen nach dem Verschwinden des Ost-West-Gegensatzes neu gestalten will. "Partnerschaft für den Frieden" - so lautet die Kürzel des NATO-Programms für umfassende Sicherheitskooperation zwischen Ost und West; "Vertrag über Partnerschaft und Kooperation" - so der programmatische Titel des Abkommens, das die Europäische Union und Rußland im Juni 1994 unterzeichneten. Wie fügen sich die bilateralen deutsch-russischen Beziehungen in dieses multilaterale Geflecht von Absichtsbekundungen und Vereinbarungen? Worin unterscheiden sie sich von ähnlichen Abkommen früherer Perioden?

Wie bekannt, gab es auch in der Vergangenheit so etwas wie Partnerschaft zwischen Deutschland und Rußland. Der Unterschied zur Gegenwart besteht darin, daß diese früheren Partnerschaften eher zu Lasten oder sogar *gegen* andere Staaten und Völker gerichtet waren - politisch, militärisch, kulturell. So bestand die gemeinsame Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert nicht zuletzt darin, daß beide Staaten im europäischen Kontext historische Sonderwege gegangen sind und sogar eine besondere, antiwestlich geprägte "Mission" gegenüber anderen Völkern erfüllen wollten. Noch in der Weimarer Republik war das Erbe dieser eigenartigen Beziehung zu spüren - Stichwort Rapallo 1922. Denn der Rapallo-Vertrag war gewiß der Versuch zweier Weltkriegsverlierer, in einer Schicksalsgemeinschaft als internationale Parias gemeinsam die Fesseln der Siegermächte zu lockern. Darüber hinaus hatte er aber auch eine soziokulturell unterlegte antiwestliche Stoßrichtung - zumindest in der Interpretation der antidemokratischen, die "besondere deutsche Tradition" betonenden Konservativen einschließlich der Reichswehr. Den

¹ "Drei bis fünf Jahre haben wir ja doch Zeit", Interview mit dem Vorwärts (Bonn), Nr. 5/Mai 1995, S. 15-17, hier S. 15.

² Rede vor dem Obersten Sowjet, Radio Moskau, 13.2.1992.

Charakter einer frivolen Komplizenschaft schließlich nahm die "Partnerschaft" in Form des Hitler-Stalin-Pakts vom August 1939 an. Ausschließlich von machtpolitischem Kalkül bestimmt, zielte der fragile Pakt zwischen den beiden totalitären Systemen auf Unterwerfung und Teilung der Nachbarstaaten und blieb seit Anbeginn von tiefem wechselseitigem Mißtrauen geprägt.¹

Die Herausbildung der aktuellen Partnerschaft Rußland-Deutschland, wie sie seit der Vereinigung angestrebt wird, erfolgt unter völlig anderen Vorzeichen. Worin besteht das qualitativ Neue in den wechselseitigen Beziehungen? Hierzu sei auf zwei zentrale Punkte verwiesen. Zum einen: Deutschland und Rußland - jedenfalls das Rußland Jelzins - haben in bilateralen und internationalen Dokumenten das Konzept einer antiwestlich und antiliberal ausgerichteten "besonderen Mission" überwunden - einer Mission, die zunächst politisch-kulturell fundiert war und später in den Terrorregimen von Nationalsozialismus und Stalinismus ihre Perversion erfuhr. Statt dessen haben sie sich bilateral und in multilateralen Abmachungen - beispielsweise im Rahmen der KSZE und des Partnerschaftsabkommens Rußland-EU - zu gemeinsamen Grundwerten und Grundprinzipien bekannt: zu Demokratie, Pluralismus, Beachtung der Menschenrechte, sozial ausgerichteter Marktwirtschaft. Dies bedeutet nicht, daß sich die Partner in allem angleichen müssen, wie russische Nationalisten und Kommunisten in polemischer Stoßrichtung gegen die Reformkräfte behaupten. Auch die Westeuropäer einschließlich der Deutschen haben ja im Prozeß ihres Zusammenwachsens durchaus ihre Vielfalt bewahrt - in der politischen Kultur ebenso wie in der Organisation der Wirtschaft und in der Wahrnehmung außenpolitischer Interessen. Vielmehr bedeutet dies: Rußland und Deutschland bekennen sich bei allen spezifischen Eigenheiten gemeinsam zu den Prinzipien europäischer Kooperation, die ja ein Zusammenleben im gemeinsamen europäischen Haus überhaupt erst möglich machen.

Damit ist bereits der zweite zentrale Punkt angeschnitten, in dem sich das russisch-deutsche Verhältnis heute in seinem Charakter radikal von früheren Perioden unterscheidet: Deutschland hat nach den bitteren Lehren der Vergangenheit, insbesondere nach dem Desaster des Nationalsozialismus, Abschied genommen von kulturellen Sonderwegen und national-nationalistischen Alleingängen. Es hat sich nicht nur der liberal-demokratischen politischen Kultur des Westens angeschlossen, sondern ist zum aktiven Partner und sogar Vorreiter und Motor der europäischen Integration geworden. Die gegenwärtige Führung Rußlands möchte das Gewicht ihres Landes als vollberechtigtes Mitglied der europäischen Organisationen in die Waagschale werfen: Rußland will Vollmitglied nicht nur der "weichen" Organisationen OSZE und Europarat sein, sondern längerfristig auch der "harten" EU (und sogar, wie es gelegentlich heißt, der NATO).

Hier sei einmal dahingestellt, ob Rußland tatsächlich unter Souveränitätsverzicht integriert werden will oder ob seine Absicht nicht eher darin besteht, selbst zu integrieren bzw. bei allen zentralen Entscheidungen zur Neuordnung Europas sein Gewicht voll zur Geltung zu bringen. In unserem Zusammenhang ist vor allem eines wichtig: Vor dem Hintergrund wachsender europäischer Interdependenzen und verstärkter Integration wäre eine Neuauflage russisch-deutscher Sonderbe-

¹ Vgl. zu den Beziehungen in der jüngeren Vergangenheit H.-A. Jacobsen/J. Löser/D. Proektor/S. Slutsch (Hrsg.), *Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1995*, Baden-Baden 1995; sowie B. Faulenbach/M. Stadelmaier (Hrsg.), *Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991*, Essen 1993.

ziehungen oder gar die Bildung einer gemeinsamen "Achse" schädlich und kontraproduktiv. Zwar nimmt die politische Elite Rußlands die Einbindung Deutschlands in die europäisch-atlantischen Strukturen als Folge der Konfrontationsperiode vorerst als Tatsache hin. Aber eben nur vorerst und gleichsam ohne Garantie, daß es so bleibt. Als nunmehr wiedervereinigter souveräner Staat werde Deutschland nach einer Periode des Übergangs die nationalen Akzente zu Lasten seines europäischen Engagements verstärken und in diesem Zeichen Präferenzbeziehungen zu Rußland pflegen, wird gelegentlich vermutet.

Falls dies tatsächlich so sein sollte, so wäre dies ein Zeichen überholten "alten Denkens": Das Interesse Deutschlands - und gewiß auch Rußlands - liegt im Gegenteil gerade darin, die bilateralen Beziehungen als ergänzende und stabilisierende Elemente gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu nutzen. In diesem Rahmen allerdings haben Rußland und Deutschland zweifellos eine besondere Verantwortung. Denn "der Erfolg der inneren Reformen und Rußlands Einbindung in das gesamteuropäische System sind wichtige Herausforderungen für die Staatengemeinschaft. Es liegt im Interesse von ganz Europa, alle Möglichkeiten zu nutzen, den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Umbauprozeß (in Rußland) zu unterstützen. Innenpolitische Reformen und eine Außenpolitik, die auf Integration in die demokratische Wertegemeinschaft und auf Kooperation in allen Institutionen der europäischen Sicherheitsordnung angelegt ist, werden diesen Prozeß unterstützen."¹

Probleme der Identität und gemeinsame Interessen

Hierbei ergeben sich freilich gewisse Probleme. Eines liegt darin, daß Deutschland und Rußland nach den revolutionären Entwicklungen 1989 bis 1991 ihre Rolle und ihren Platz im zusammenwachsenden Europa erst noch bestimmen und ihre genauen Vorstellungen von der neuen Architektur des Kontinents erst noch entwickeln müssen. Das gilt zum einen für Deutschland, das nach der Vereinigung mit der DDR selbst zum Transformationsland geworden ist und nach den Umbrüchen von 1989 verstärkt nach Osten blickt. Werden solche Kräfte an Einfluß gewinnen, die die Forderung erheben: Das von den Fesseln von Teilung und prekärer Frontlage befreite Deutschland muß den Zustand der "Machtvergessenheit" - eine Reaktion auf die frühere "Machtbesessenheit" - endlich überwinden und darf in Europa keine weiteren Bindungen eingehen? Werden jene vermehrt Gehör finden, die die Ansicht vertreten, Deutschland müsse als europäische Großmacht in der Konkurrenz starker Nationalstaaten seinen eigenen nationalen Interessen wieder absoluten Vorrang einräumen?

Ähnliche Fragen nach Rolle und Identität stellen sich auch im Hinblick auf das neue Rußland, allerdings in weit extremerer Weise als für das neue Deutschland. Solche unter den politischen Eliten des Landes heiß umstrittene Fragen lauten in zugespitzter Form: Soll sich die Russische Föderation als Nation begreifen oder als Imperium mit dem Auftrag, die GUS-Staaten wieder einzugliedern? Soll sich Rußland, ähnlich der Türkei nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs, jetzt als normale Großmacht verstehen, oder hat es eine spezifische "Mission" gegenüber der internationalen Umwelt

¹ Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1994, auszugsweise in: Europa-Archiv (Bonn), Nr. 10/1994, S. D 325 - D 348, hier S. D 329.

zu erfüllen, die sich aus den historischen, kulturellen und geopolitischen Besonderheiten des Landes ergibt? Soll sich Rußland vorrangig an den Westen anlehnen - im Zeichen einer prinzipiellen Wertegemeinschaft und in der Erwartung materieller und know-how-Unterstützung für die inneren Transformationsprozesse? Oder soll das Land politisch, wirtschaftlich und kulturell eher eine eigene, spezifisch eurasische Identität entwickeln und dabei aus den Entwicklungsmodellen Chinas, Indiens und Japans Nutzen ziehen? Und schließlich die vielleicht wichtigste Alternative: Rußlands historische Probleme liegen größtenteils darin, daß es äußere Expansion anstatt Modernisierung des Landes betrieb. Soll Rußland seine Energie nunmehr auf die *innere* Entwicklung konzentrieren und seine Stärke darin suchen, das Land in Ökonomie, Ökologie, Infrastrukturen und sozialen Diensten auf ein höheres Niveau zu heben? Oder soll der Akzent wie zu Zaren- und Sowjetzeiten eher auf *äußere Machtentfaltung* gelegt werden, wobei der Großmachtstatus gleichsam identitätsstiftend wirkt und die täglichen Sorgen der Menschen in den Hintergrund drängt?

Im Lichte dieser Ungewißheiten liegt auf der Hand: Der Charakter der russisch-deutschen Beziehungen wird ganz wesentlich davon abhängen, welche Denkschulen und Kräftekonstellationen die Politik Moskaus in Zukunft prägen werden. Radikale Veränderungen der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Rußland werden auch die deutsch-russischen Beziehungen nicht unberührt lassen. Bis auf weiteres herrschen jedoch in Bonn und Moskau die gemeinsamen Interessen an einem Ausbau der Partnerschaft vor, wenngleich sich die hochgespannten Erwartungen von 1991/92 nicht erfüllt haben und die politischen Reibungsflächen gegenwärtig sogar zunehmen - im bilateralen Verhältnis ebenso wie im multilateralen Beziehungsgeflecht.

Für das neue Rußland ist das vereinigte Deutschland in Europa ein zentraler Partner, wenn es darum geht, Rußland politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch in die europäischen und euro-atlantischen Strukturen einzubeziehen. Nicht zufällig bezeichnete Außenminister Kosyrew die deutsch-russische Partnerschaft als "größte Errungenschaft des gegenwärtigen Europa".¹ Diese Einschätzung wurzelt in der Überzeugung, daß gerade Deutschland als Land in der Mitte Europas ein besonderes - und in Westeuropa vermutlich das stärkste - Interesse an einem Gelingen der Reformprozesse in Rußland sowie daran hat, daß das Land beim Zusammenwachsen der beiden Teile Europas und hier insbesondere beim Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur nicht in die Isolierung gerät. Darüber hinaus bildet Deutschland in Westeuropa für Moskau - wie schon mehrfach in der Geschichte - ganz offensichtlich den wichtigsten Modernisierungspartner des Landes und zugleich das Tor für den Zugang zum System der

¹ Beitrag für die Frankfurter Rundschau, 8.1.1994.

weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Immerhin ist Deutschland mit einem Warenumsatz von 23 Mrd. DM 1994 der weltweit größte Handelspartner Rußlands.

Dieses Herangehen Rußlands trifft sich mit den Interessen und Konzeptionen Deutschlands. Denn aus vielen Gründen hat gerade Deutschland ein großes Interesse an einem starken und selbstbewußten, dabei aber zugleich weltoffenen und demokratisch verfaßten Rußland - einem Rußland, das den Weg in die Normalität des 20. Jahrhunderts findet und sich als verantwortungsbewußte Großmacht in die "zivilisierte Staatengemeinschaft" eingliedert.¹ Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Eine erfolgreiche Systemtransformation und Wirtschaftssanierung Rußlands würde das Land für seine Nachbarn zu einem berechenbaren Stabilitätspartner machen und die Bestrebungen Deutschlands erleichtern, in einem abgestuften Vorgehen die europäischen Integrationsräume nach Osten zu erweitern. Ein zerrissenes, zerfallendes Rußland dagegen würde unter vielen Aspekten über Ostmitteleuropa hinaus die Sicherheit Deutschlands in hohem Maße gefährden. Stichworte hierfür sind: unkontrollierte Waffenexporte einschließlich nuklearer Komponenten; Massenmigration über Ostmitteleuropa nach Westeuropa; ökologische Katastrophen mit ihren Ausstrahlungen nach Westeuropa hinein. Anders ausgedrückt: Unter all seinen EU-Partnern würde Deutschland den größten Nutzen aus einem Erfolg der Reformprozesse in Rußland ziehen. Umgekehrt wäre es unter allen westlichen Ländern schon aufgrund seiner geographischen Nähe von Erschütterungen und Turbulenzen im Moskauer Epizentrum am stärksten betroffen.

Internationale Einbindung Rußlands

Vor diesem Hintergrund geht die Führung in Moskau zu Recht davon aus, daß die Beziehungen zu Rußland in der Prioritätenskala der deutschen Außenpolitik einen prominenten Rang einnehmen. Dies wiederum stimuliert das Interesse Rußlands an engen Beziehungen zu Deutschland. Dabei ist die politische Elite des Landes und die öffentliche Meinung im allgemeinen weniger beunruhigt über ein Wiederaufleben von Nationalismus und traditioneller Machtpolitik Deutschlands als über deutsche Indifferenz gegenüber Rußland oder gar eine Teilnahme an der Isolierung eines als neoimperialistisch perzipierten Rußland. Vielmehr ist es für Moskau von herausragender Bedeutung, in Deutschland einen tatkräftigen Anwalt zu finden, wenn es darum geht, Rußland nicht in die Isolierung zu treiben, sondern das Land in internationale Organisationen einzubeziehen (wie umgekehrt Rußland grundsätzlich eine Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat befürwortet).²

Tatsächlich trat Deutschland energisch für eine Teilnahme Rußlands an den politischen Beratungen der G7-Gipfeltreffen ein und stellte mittelfristig die Hinzuziehung des Landes auch zu den Diskussionen wirtschaftlicher Probleme in Aussicht, so daß aus der G 7 eine G 8 würde. Damit trägt

¹ Vgl. Chancen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland, Rede von Außenminister Kinkel vor dem Deutsch-Russischen Forum am 4.2.1994, in: Bulletin (Bonn), Nr. 14/9.2.1994, S. 125ff.

² Als Beispiel: J. Maksimyëv, Posle vyvoda vojsk. Rossija i Germanija v novom evropejskom kontekste, in: Meždunarodnaja žizn' (Moskau), Nr. 11/1994, S. 97-105. Vgl. dazu auch H.-J. Spanger/A. Kokeev, Brücken, Achsen - und neue Gräben. Die deutsch-russischen Beziehungen im multilateralen Spannungsfeld, HSFK-Report Nr. 6/1995, sowie W. Daschitschew, Am Scheideweg. Rußland, Europa und der Nachlaß des Zweiten Weltkriegs, in: Osteuropa (Aachen), Nr. 6/1995, S. 410-422.

Deutschland dem Selbstwertgefühl der Großmacht Rußland sowie dem Bestreben Moskaus Rechnung, Anschluß an jene sieben führenden Industrienächte zu finden, die die globale Politik ganz wesentlich gestalten und die wichtigsten internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen kontrollieren. Eine ähnlich aktive Rolle spielte Deutschland bei der Ausarbeitung des Partnerschaftsvertrags EU-Rußland vom Juni 1994.¹ Während der Verhandlungen über den Partnerschaftsvertrag drängte Deutschland erfolgreich auf Konzessionen an Moskau, z.B. im Hinblick auf weitere Marktöffnung für russische Produkte sowie auf die Perspektive einer Freihandelszone zwischen den vertragschließenden Seiten.

Aus russischer Sicht war die aktive Rolle Deutschlands aus zwei Gründen besonders wichtig. In *politischer* Hinsicht ist das Interesse Moskaus an einem Nahverhältnis zur EU von der Einsicht bestimmt, daß die Union international zunehmend als eigenständiger Akteur auftritt - insbesondere bei der Neugestaltung des Raums zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Eine Partnerschaft mit der EU mindert die Gefahr, daß Rußland von den europäischen Integrationsprozessen abgekoppelt und isoliert wird. Dieses Interesse Rußlands traf sich mit den Intentionen der EU: Gerade weil die Union zusätzlich zu den Assoziationsverträgen mit den sechs Staaten Ostmittel- und Südosteuropas im Juli 1994 mit den Baltenstaaten Freihandelsverträge abschloß (als erste Stufe für Assoziation und Beitritt), wollte sie parallel dazu ein deutliches Signal setzen und die Bedeutung hervorheben, die man in Brüssel engen Beziehungen zu Moskau beimißt. Dieses parallele Herangehen dürfte eine zentrale Ursache für die eigentlich erstaunliche Tatsache gewesen sein, daß Rußland keine Einwände gegen die anvisierte Einbeziehung der Ostmitteleuropäer in die EU, ja nicht einmal wirklich gegen die Perspektive einer Mitgliedschaft dieser Staaten in der WEU erhob. *Wirtschaftlich* schließlich bietet das Partnerschaftsabkommen, sofern es voll ausgeschöpft wird, Rußland die Chance einer engen Anbindung an die EU, die angesichts der evolutionär ausgerichteten Vertragsbestimmungen dicht an die Schwelle einer formalen Mitgliedschaft heranreichen kann. Beispielsweise schließt es als langfristiges Ziel drei der vier berühmten Freiheiten ein: den freien Verkehr von Waren, Kapital und Dienstleistungen (die vierte Freiheit, nämlich diejenige der freien Bewegung für Arbeitnehmer, wird nur in sehr begrenztem Umfang anvisiert). Schon jetzt gehen fast 50 Prozent der russischen Ausfuhren außerhalb der GUS in die EU.

Im Hinblick auf die KSZE schließlich widersetzte sich Deutschland zwar - im Konzert mit den meisten anderen Mitgliedstaaten - den Bestrebungen Rußlands, diese in den Rang einer sicherheitspolitischen Schaltstelle in Europa zu heben. Zugleich zeigte Bonn jedoch großes Verständnis für den Wunsch Moskaus, die Institutionen der KSZE zu stärken und ihre Interventionsmöglichkeiten in Konfliktfällen zu verbessern. Der Grundgedanke deutscher Politik bei alledem ist, Rußland seiner Bedeutung als Großmacht entsprechend bei der Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung in die Mitgestaltung und Mitverantwortung einzubinden sowie das Land zugleich in seinem Verhalten auf gemeinsam verabschiedete Grundsätze festzulegen. Zweifellos spielte bei dieser Generallinie eine wichtige Rolle nicht zuletzt der Umstand, daß Rußland die Abmachungen zum Abzug seiner restlichen Truppen aus Deutschland und dem Baltikum honorierte: Ende August 1994 war die Rückführung tatsächlich abgeschlossen. Die fristgerechte Erfüllung der

¹ Vgl. hierzu meinen Beitrag: Die Europäische Union und Rußland. Voraussetzungen und Perspektiven von Partnerschaft und Kooperation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn), Nr. 3/1995, S. 286-298.

Verpflichtungen Moskaus fand in Deutschland und im Westen allgemein auch deshalb starke Beachtung, weil deutlich war, daß die Jelzin-Führung den Abzug - insbesondere im Falle Estlands und Lettlands - gegen heftigen Widerstand unter den russischen "Nationalpatrioten" und dem Militär durchsetzen mußte. Rußland rückte geografisch nach Osten, um politisch dem Westen näherzukommen.

Verhärtung der russischen Position

Indes wurden diese positiven Ansätze in jüngerer Zeit durch Entwicklungen abgebremst, die sich negativ auch auf das russisch-deutsche Verhältnis auswirken. So stellte die massive Verletzung der Menschenrechte während des Tschetschenienkriegs die gerade von Deutschland forcierte Strategie einer Einbindung Rußlands in europäische Organisationen auf eine harte Probe. Damit aber hat das deutsch-russische Verhältnis in seiner multilateralen Dimension erheblichen Schaden genommen. Auch die zurückhaltende Reaktion aus Bonn hat daran wenig geändert: das Zögern der Bundesregierung, das russische Vorgehen als massive Verletzung der von Moskau eingegangenen KSZE-Verpflichtungen zu charakterisieren; die Empfehlung, Rußland trotz seines brutalen Vorgehens in Tschetschenien als Vollmitglied in den Europarat aufzunehmen; das Zaudern bei der Frage einer Stornierung des Interimsabkommens zum Partnerschaftsvertrag EU-Rußland.

Diese zunächst ambivalente Haltung in Bonn birgt verschiedene Gefahren. So könnte sie in Moskau den fatalen Eindruck erwecken, als dürfe Rußland folgenlos weitere Bestimmungen aus gemeinsamen Abkommen verletzen (z.B. im Hinblick auf eine einseitige Aufkündigung der KSE-Flankenbestimmungen). Darüber hinaus könnte man dort zu der Ansicht gelangen, Deutschland entwickle ein besonderes Maß an Verständnis für negative Aspekte in Rußland und könne daher allmählich aus der Gemeinschaft jener europäischen Staaten herausgelöst werden, welche die inneren Involutionsprozesse in Moskau und Tendenzen zu Vertragsverletzungen seitens der russischen Führung scharf kritisiert und durch konkrete Gegensignale konterkariert. In beiden Fällen kann die Moskauer Bewertung der Politik Deutschlands, das von russischer Kritik an der westlichen Ostpolitik bislang bemerkenswerterweise ausgespart blieb, bei der russischen Führung letztlich nur zu Enttäuschungen führen und die russisch-deutsche Partnerschaft untergraben.

Vor diesem Hintergrund haben in der deutschen Öffentlichkeit und Politik die Auftritte des Menschenrechtlers und Politikers Kowaljow in Straßburg und Bonn (Januar/Februar 1995) großen Eindruck gemacht. Unter Berufung auf Sacharow warb er für eine Doppelstrategie, bei der der Westen sein Angebot zu langfristig angelegter Partnerschaft und Kooperation mit Rußland mit fühlbaren Signalen verbindet, massive Verstöße gegen gemeinsam vereinbarte Regeln und Prinzipien würden nicht ohne wirksame Reaktion hingenommen werden.¹ Diese Linie hat sich die Bundesregierung im Konsens mit allen im Bundestag vertretenen Parteien schließlich zu eigen gemacht, wobei zweifellos der Umstand eine Rolle spielte, daß der Krieg in Tschetschenien auch in Rußland auf Ablehnung stieß: bei der Mehrheit der Menschen, bei großen Teilen der geistigen Elite und sogar bei einer Reihe populärer Generäle.

Deutschland wolle "Partner und Freund Rußlands bleiben", heißt es in einer einstimmig verabschie-

¹ Die Rede ist abgedruckt in *Novoe Vremja* (Moskau), Nr. 6/Februar 1995, S. 22-24.

deten Resolution des Bundestags vom Januar 1995. Zugleich wurde diese klare Absichtserklärung, die auf der Linie Deutschlands seit seiner Vereinigung liegt, jedoch deutlich qualifiziert: Eine enge Partnerschaft mit Deutschland, der Europäischen Union und der Atlantischen Allianz werde nur dann möglich sein, so die Resolution, wenn das Vertrauen in den Demokratisierungsprozeß erhalten bleibe.¹

Problematisch für das russisch-deutsche Verhältnis könnte darüber hinaus der Ausbruch weiterer potentieller Konfliktherde in Osteuropa unter maßgeblicher Beteiligung Rußlands werden. Das betrifft beispielsweise Varianten der Moskauer Politik einer Reintegration von Ländern der GUS - Varianten, die nicht durch OSZE-bezogene Verfahren sowie durch Freiwilligkeit unter den Beteiligten charakterisiert wären, sondern durch umfassenden Druck bis hin zu militärischer Gewaltanwendung, wie sie jüngst zum vorgeblichen Schutz der ethnischen Russen von Außenminister Kosyrew anvisiert wurde.² Deutschland könnte in einem solchen Fall kaum eine unbeteiligte Position einnehmen. Das bezieht sich zum anderen auf ein mögliches russisches Eingreifen in den Baltischen Staaten, auch hier unter dem Vorwand des Schutzes für die Russen. Nicht zuletzt aus historischen Gründen hat sich Deutschland stark für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität dieser Länder engagiert (freilich nicht ohne sich zugleich für eine faire Behandlung der dort lebenden Russen einzusetzen). Moskauer Übergriffe in den Baltenstaaten würden die russisch-deutschen Beziehungen daher stark belasten.

Kritisch für das russisch-deutsche Verhältnis könnte schließlich auch die geplante Einbeziehung der Staaten Ostmitteleuropas in die NATO werden, die von Deutschland grundsätzlich befürwortet, von Rußland dagegen entschieden abgelehnt wird. Deutschland als das östlichste Land des bisherigen Westens steckt hier in einem Dilemma. Einerseits profiliert es sich als prononcierter Anwalt der Einbeziehung der Ostmitteleuropäer in NATO (und EU). Damit soll ein Abrutschen dieser Staaten in ein stabilitätsgefährdendes historisches "Zwischeneuropa" verhindert werden, das Deutschland in seiner Randlage (als östlicher Staat westlicher Organisationen) fixieren oder gar in seine alte "Mittellage" zurückversetzen würde. Als Land des "Westens", das es nach der Katastrophe früherer Sonderwege geworden ist, liegt sein Interesse darin, im Westen *und* im Osten von politisch, wirtschaftlich und kulturell von "westlichen" Staaten umgeben zu sein. Andererseits möchte Deutschland verhindern, daß sich Rußland beim Aufbau neuer Sicherheitsstrukturen in Europa ausgegrenzt fühlt und erneut den Weg der Konfrontation einschlägt. Die schwierige Balance für Bonn und seine westlichen Verbündeten besteht darin, Rußland als konstruktiven Partner beim Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu gewinnen und zugleich die Ostmitteleuropäer in die europäisch-atlantischen Strukturen zu integrieren (Konzept der "Kooperation und Integration").

Rußland dagegen verweist zu Recht darauf, mit dem vertragsgetreuen Abzug seiner Militärmacht aus Deutschland, Ostmitteleuropa und dem Baltikum erheblich zur Vertrauensbildung in Europa beigetragen zu haben. Eine NATO-Osterweiterung läuft für die Mehrheit seiner Eliten auf eine Ausgrenzung aus Europa und eine weitere Reduzierung seines Einflusses auf die Entwicklungen in seinem ostmitteleuropäischen Vorfeld - auch als Bindeglied zu Westeuropa - hinaus. Über

¹ Das Parlament (Bonn), Nr. 5/27.1.1995, S. 6.

² Rede vor dem Föderationsrat, vgl. Itar-Tass, 19.4.1995.

sicherheitspolitische Besorgnisse hinaus spielen bei alledem offenbar ganz allgemein Befürchtungen eine Rolle, der Westen wolle Rußland mit der NATO-Osterweiterung überhaupt von Europa als einer Region spezifischer demokratischer Prinzipien und Werte abkoppeln. Es sei "zu früh, um die Demokratie in Rußland zu beerdigen" - in dieser bitteren Kritik Jelzins an die Adresse des Westens auf dem Budapester KSZE-Gipfel vom Dezember 1994 spiegeln sich die Empfindungen eines Großteils der russischen Eliten.¹

Um eine Zuspitzung der deutsch-russischen Beziehungen zu vermeiden, entwickelt die Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Bündnisses ein starkes Engagement bei der inhaltlichen Ausgestaltung und sicherheitspolitischen Einrahmung der NATO-Osterweiterung.² Dabei laufen die Überlegungen auf folgende Ansätze hinaus: Zusätzlich zur Mitgliedschaft in "Partnership for Peace" sowie zum Sonderabkommen über "Dialog und Zusammenarbeit" in sicherheitspolitischen Fragen bietet die NATO Rußland den Abschluß einer "privilegierten Partnerschaft" (Kinkel) über enge politisch-militärische Kooperation an, und zwar noch *vor* der Erweiterung nach Osten oder zumindest parallel dazu. Zwar würde Rußland damit keine Veto-Macht eingeräumt, doch hätte es die Gewißheit, über alle wichtigen Entscheidungen der NATO, soweit sie klassische Aufgaben der kollektiven *Verteidigung* betreffen, ebenso frühzeitig informiert, und soweit sie Fragen der kollektiven *Sicherheit* betreffen, frühzeitig konsultiert zu werden. Dies würde auf eine Sonderrolle Rußlands und damit auf die Anerkennung der Tatsache hinauslaufen, daß Rußland aufgrund seiner geographischen Ausdehnung, seines politischen Gewichts, seiner militärischen Stärke sowie seines Selbstverständnisses als Kernmacht im euro-asiatischen Raum sicherheitspolitisch einen *eigenen* Schwerpunkt mit spezifischen Interessen bildet.

Darüber hinaus bleibt die NATO-Politik der integrierten Strategie, die die Einbeziehung Ostmitteleuropas mit einer engen Vertragsgemeinschaft mit Rußland verknüpft, nicht begrenzt auf die Dimension der Sicherheit im engeren Sinne. Vielmehr wird sie eingebunden in eine kooperative Gesamtstrategie des Westens. Im Vordergrund steht dabei zum einen die volle Ausschöpfung des Partnerschaftsvertrags EU-Rußland, der Moskau die Perspektive einer gemeinsamen Freihandelszone bietet und enge politische Konsultationen vorsieht. Stabilität in Europa hängt auf Dauer eher von wirtschaftlichen und politischen Aspekten ab als von rein militärischen. Zum anderen wird die OSZE als Instrument kollektiver Konfliktprävention und Friedenssicherung im euro-asiatischen Vertragsgebiet gestärkt und mit den Aktivitäten der NATO verzahnt. Damit wird auch deutlich: Die NATO-Osterweiterung ist stabilitätsorientiert und nicht bedrohungsmotiviert. Durch kooperatives Verhalten kann Rußland selbst ganz wesentlich darauf Einfluß nehmen, wie eng sich sein künftiges Verhältnis zur Atlantischen Allianz und zu den Staaten Ostmitteleuropas gestaltet.

Vorerst ist offen, ob eine Verständigung mit Rußland auf der Basis solcher von Deutschland ganz wesentlich mitgestalteter Konzeptionen möglich sein wird. Andernfalls könnte das deutsch-russische Verhältnis erheblich belastet werden - zusätzlich zu jenen Irritationen, die die unterschiedlichen Vorstellungen beider Seiten zu einer Lösung des Bosnien-Konflikt schon heute hervorrufen.

¹ Die Rede ist abgedruckt in: Internationale Politik (Bonn), Nr. 3/März 1995, S. 80-82, hier S. 81.

² Vgl. hierzu B. Meyer, Die Ost-Erweiterung der NATO - Weg zur Einheit oder zur neuen Spaltung Europas?, HSFK-Report Nr. 5/1995.

Bilaterale Beziehungen

Die Dimension gesamteuropäischer Kooperation in den russisch-deutschen Beziehungen wurde hier deshalb so stark hervorgehoben, weil an ihr eines deutlich wird: Der Charakter des bilateralen Verhältnisses zwischen beiden Staaten hängt ganz wesentlich vom Zustand des wechselseitigen Verhältnisses zwischen jenen internationalen Organisationen, Allianzen und Institutionen ab, in denen sie jeweils verankert sind. Zwar können gute russisch-deutsche Beziehungen wichtige Impulse für enge Partnerschaft und Kooperation in Europa geben; in diesem Sinne hat Jelzin wiederholt darauf verwiesen, daß Rußland und Deutschland als "die größten Staaten des Kontinents" die europäischen Prozesse ganz wesentlich beeinflussen können. Insgesamt jedoch gilt: Die russisch-deutschen Beziehungen können auf den verschiedenen Ebenen nicht wesentlich besser sein als das Verhältnis Rußlands zu internationalen Organisationen wie beispielsweise der Europäischen Union oder der Atlantischen Allianz oder auch zu den Mächten der westlichen Gemeinschaft. Dieser Umstand, der sich aus der festen politisch-kulturellen Verankerung Deutschlands im Westen ergibt, wird im Kalkül russischer Politik und Publizistik häufig nicht genügend berücksichtigt.

Diese grundsätzlichen Überlegungen beziehen sich freilich weniger auf die Gegenwart als auf die Zukunft. Denn nach der erwartungsvollen Phase des sowjetisch-deutschen Vertrags vom November 1990 und der gemeinsamen Grundsatzerklärung Jelzin-Kohl vom November 1991 sind die russisch-deutschen Beziehungen im bilateralen Bereich gegenwärtig eher zwiespältig.¹

Positive Impulse gaben die beiden Deutschland-Besuche Jelzins, insbesondere derjenige vom August 1994 anlässlich der feierlichen Verabschiedung der letzten Kontingente der "Westgruppe der Truppen" in Deutschland. Immerhin wurden in drei Jahren 546.000 Soldaten, Zivilisten und Familienangehörige zurückgeführt, dazu 4.209 Kampfpanzer, 8.208 gepanzerte Kampffahrzeuge, 3.682 Artilleriesysteme, 691 Flugzeuge, 683 Hubschrauber und 677.000 Tonnen Munition. Das war technisch und organisatorisch eine erstaunliche Leistung, zu der Deutschland durch die Finanzierung eines Wohnungsbauprogramms (insgesamt 8,35 Mrd. DM für 44.000 Wohnungen) und verschiedener Umschulungsprojekte (200 Mio. DM) für Militärangehörige seinen Teil beitrug.

In Moskau wurde vielfach die Vermutung geäußert, mit dem Truppenabzug werde das Interesse Deutschlands an Rußland sinken, das Land noch stärker an den Rand Europas gedrängt.² Diese Befürchtung verweist auf eine nach wie vor starke Tendenz zu einem Denken in rein militärischen Kategorien, bei dem andere, für enge Beziehungen heute weit wichtigere Felder wie Wirtschaftskooperation und enge Netzwerke zwischen den Gesellschaften als nachrangig gelten. Weiter genährt werden die Besorgnisse in Moskau durch die vielfach anzutreffende Vermutung, daß in Deutschland eine neue Generation der politischen Elite in die Verantwortung hineinwächst - eine Elite, die aufgrund ihrer politischen Sozialisation und ihrer internationalen Kontakte eher auf die euro-

¹ Zu den bilateralen Beziehungen vgl. K. Vjatkin, *Rossija i Germanija: potencial sotrudničestva*, in: *Mirovaja konomika i meždunarodnye otnošenija* (Moskau), Nr. 4/1994, S. 103-108; sowie V. Elagin, *Rossija-Germanija: problemy i perspektivy sotrudničestva*, in: *Segodnja* (Moskau), 8.4.1994. Grundsätzlich hierzu F. Oldenburg, *Das vereinigte Deutschland und das neue Rußland*, in: *Deutschland Archiv* (Köln), Nr. 11/ 1993, S. 1242-1254; sowie H. Linke, *Deutsch-russische Partnerschaft im Geiste der Charta von Paris*, in: H.-A. Jacobsen et al. (Hrsg.), a.a.O., S. 730-759.

² Vgl. J. Baumgart, *Die Verabschiedung der russischen Streitkräfte aus Deutschland im Spiegel der russischen Medien, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts*, Nr. 63/1994.

atlantischen Partner orientiert ist als auf das neue Rußland. Bundespräsident Herzog - und mit ihm fast die gesamte deutsche Politik und Publizistik - trat solchen Befürchtungen entschieden entgegen. Der Truppenabzug bedeute nicht - betonte Herzog -, daß Deutsche und Russen jetzt auseinandergingen, im Gegenteil: "Wir werden in Zukunft immer enger zusammenrücken, in einem Europa ohne Mauern, ohne ideologische Gräben und ohne politische Feindschaften."¹

In konkreten Fragen allerdings gibt es neben positiven Aspekten auch eine Reihe von Problemen, die das russisch-deutsche Verhältnis belasten. Stichwortartig seien hier nur die folgenden Bereiche genannt:

- Das geringe Engagement Moskaus bei der zugesagten Wiederherstellung der Staatlichkeit für die Rußlanddeutschen. Vor allem Deutschland zeigt ein starkes Interesse an einem Verbleiben der Deutschstämmigen in Rußland (geschätzte Zahl im GUS-Bereich heute: rund 2 Mio.). Damit soll der Auswanderungsdruck nach Deutschland gemildert und zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, die Menschen deutschen Ursprungs könnten eine Brücke der Verständigung zwischen beiden Ländern bilden. Die Verwirklichung des Projekts stößt jedoch auf kaum überwindbare Hindernisse. So scheiterte das 1991 vereinbarte Vorhaben, den Wolgadeutschen stufenweise ihre historische Heimat in Form einer autonomen Republik zurückzugeben, insbesondere am Widerstand lokaler Opposition in den Wolgagebieten. Und auch die einvernehmlich anvisierte Alternative scheint nicht realisierbar zu sein, die Alternative nämlich, zentrale Siedlungsgebiete deutschstämmiger Bevölkerungsgruppen in Westsibirien (Omsk, Altai) zu fördern - vor allem als neue Heimat für jene Landsleute, die aus Zentralasien und Kasachstan nach Rußland strömen. Hier sind es weniger Widerstände der lokalen Instanzen, die das Projekt kaum aussichtsreich erscheinen lassen. Vielmehr sieht die überwiegende Mehrheit der Deutschstämmigen ihrerseits trotz finanzieller Unterstützung durch Bonn und Moskau (1995: 160 Mio. DM bzw. 53 Mrd. Rubel) in Rußland jetzt keine Perspektiven mehr, da sich die materiellen Lebensbedingungen weiter verschlechtern und es immer schwieriger wird, die eng mit der Sprache verbundene nationale Identität zu bewahren. Verständlicherweise zeigen die Rußlanddeutschen - wie übrigens auch viele Russen - wenig Neigung, sich für zweifelhafte Militäraktionen zu engagieren. Nach Auskunft des früheren Vizepremiers Jegorow ist im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkrieg die Zahl der Ausreisearträge von Rußlanddeutschen beträchtlich gestiegen, und zwar besonders seitens solcher Familien, die Söhne im wehrfähigen Alter haben.² So wird ein Großteil der Deutschen aus Rußland (und anderen Ländern der GUS) aller Voraussicht nach in ihre Urheimat emigrieren, was in den bilateralen Beziehungen Bonn-Moskau zusätzliche Frustrationen schafft. Ein möglicher Ausweg bestünde darin, größeren Gruppen von Bleibewilligen *an ihren angestammten Wohnorten* materielle und ideelle Hilfe zur Erhaltung ihrer Sprache und Kultur zu geben.
- Die vertraglich durch Moskau zugesagte, bis heute jedoch nicht verwirklichte Rückgabe deutscher Kulturgüter, die im Zuge der Kriegshandlungen in die UdSSR verbracht worden waren. Die Rückführung der "Beutekunst", die nach deutschen Angaben rund 200.000 Kunstwerke, zwei Millionen Bücher und drei Kilometer Archivmaterial umfaßt, wurde im deutsch-sowjetischen Vertrag vom November 1990 und im Kulturabkommen vom Dezember 1992 geregelt. Die Verhandlungen der gemeinsamen Kommission gerieten jedoch bald ins Stocken, da das Problem in den innerrussischen Fraktionskämpfen von der nationalistisch-kommunistischen Anti-Jelzin-

¹ Europa-Archiv, Nr. 19/1994, S. D 561.

² Pressekonferenz anläßlich der 6. Tagung der deutsch-russischen Regierungskommission vom Mai 1995, Itar-Tass, 17.5.1995.

Opposition instrumentalisiert wurde. Unter Hinweis auf die starken und unwiederbringlichen Kulturgut-Verluste nach dem Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion, aber auch durch einseitige Interpretation der völkerrechtlichen Lage (Nichtbeachtung der Haager Landkriegsordnung von 1907) und der bilateralen Abmachungen mit Deutschland (die bedingungslose Kapitulation 1945 bedeute den Verzicht auf sämtliche Ansprüche gegenüber Moskau) wuchs in der russischen Politik und Öffentlichkeit die Zahl jener, die sich einer Rückgabe der Kulturgüter entschieden widersetzen.¹ Die Bundesregierung dagegen pocht darauf, daß die vertraglichen Vereinbarungen eingehalten und nicht durch innerrussische Rechtsakte unterlaufen werden. In diesem Sinne appellierte Außenminister Kinkel bei seinem Moskau-Besuch vom März 1994 an die Rechtsstaatlichkeit des demokratischen Rußland und nannte die Lösung des Konflikts einen "Prüfstein für die Qualität unserer Beziehungen".

Im Konflikt über die Kulturgüter sollte möglichst rasch eine praktikable Grundsatzvereinbarung gefunden werden, da ein anhaltender Dissens in dieser Frage das politische Klima zwischen Rußland und Deutschland vergiften könnte. Mögliche Ansätze wären: deutsche Kompensationen an Rußland für kriegsbedingt zerstörte oder verschleppte Kulturgüter durch gleichartige oder gleichwertige Werke; Unterstützung bei der Wiedererrichtung oder Restauration russischer Kunstdenkmäler, Kirchen und Klöster; Austausch von Kunstwerken einschließlich langfristiger wechselseitiger Leihgaben.²

- Der illegale Handel mit Nuklearmaterial, der nach amtlicher Bonner Auskunft aus dem Raum der früheren Sowjetunion nach Deutschland hinein erfolgt. Das russische Ministerium für Atomenergie bestritt dies energisch und warf der deutschen Seite das Bestreben vor, unter dem Vorwand von Kontrolle und Schutz Einblick in die strategischen Nuklearmaterialien Rußlands zu erhalten und diese auf den Weltmärkten zu diskreditieren. Andererseits räumte Ex-Innenminister Jerin später ein, daß schwach angereichertes Uran aus nuklearen Anlagen Rußlands fortgeschafft worden sei - immerhin seien "80 Prozent der Kontroll- und Passagepunkte des Innenministeriums an den russischen Nuklearobjekten nicht mit Apparaturen zur Registrierung atomarer Materialien ausgerüstet".³ Die Zukunft muß zeigen, ob die enge Zusammenarbeit, die die Abwehrdienste Deutschlands und Rußlands in einem Memorandum vom August 1994 vereinbarten, dem die bilateralen Beziehungen belastenden Atomschmuggel wirksam entgegenzuwirken vermag.⁴
- Schließlich die russische Blockade gegenüber den Bonner Bemühungen, die im Dezember 1993 zwischen den Außenministern vereinbarte Einrichtung eines deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad/Königsberg in die Tat umzusetzen. Die Verantwortlichen in Deutschland verstehen gut das Beharren Moskaus auf Sicherung der territorialen Integrität Rußlands. Sie sind überhaupt nicht an einem Zerfall des Landes interessiert, denn dies würde unter vielen Aspekten über Ostmitteleuropa hinaus die Sicherheit Deutschlands in hohem Maße gefährden. Wohl aber sind sie daran interessiert, daß sich das Kaliningrader Gebiet als fester Bestandteil der Russischen Föderation durch Zusammenarbeit in den nordeuropäisch-skandinavischen Raum integriert, wobei Deutschland und die EU eine wichtige unterstützende Funktion wahrnehmen könnten. Denn ein weiteres Absinken von Industrieproduktion und Lebensniveau - dieses macht schon heute nicht zuletzt aufgrund des problematischen Exklavencharakters des Gebiets nur noch knapp

¹ Als Beispiel sei hier auf einen entsprechenden Gesetzentwurf des Föderationsrates verwiesen, vgl. V. Kolbasjuk, *Rossija ne sobiraetsja rasstanovat'sja s sokroviščami*, in: *Nezavisimaja gazeta* (Moskau), 25.3.1995. Vgl. zu den russischen Positionen D. Tułschinski, *Wann kommen die letzten "Kriegsgefangenen" frei?*, in: *Wostok* (Köln), Nr. 3/1995, S. 52-54.

² Vgl. dazu J. Rusche, *Die "Kompensation" ist der Prüfstein*, in: *Das Parlament*, Nr. 28/15.7.1994, S. 20, sowie P. Kipphoff, *Unter Freunden gibt es keine Beute*, in: *Die Zeit* (Hamburg), Nr. 11/10.3.1995, S. 1.

³ *Itar-Tass*, 5.9.1994 bzw. 23.2.1995. Vgl. dazu ausführlich W. Stock, *Für die Waffenherstellung geeignetes Plutonium unkontrolliert und preiswert auf dem Weltmarkt*, *FAZ*, 27.4.1994.

⁴ Das Memorandum findet sich in *AFP*, 22.8.1994.

80 Prozent des russischen Durchschnitts aus - könnte insbesondere unter der jüngeren Generation die Unzufriedenheit mit dem Status quo weiter vertiefen.¹

Wie auf politischem, so ist auch auf wirtschaftlichem Felde die Bilanz der russisch-deutschen Beziehungen unter Jelzin gemischt. Auch hierzu nur einige Stichworte. Auf der einen Seite bildet Deutschland, wie bereits erwähnt, mit einem Warenumsatz von 23 Mrd. DM 1994 den weltweit größten Handelspartner Rußlands. 13,5 Prozent der russischen Exporte gingen nach Deutschland, 24,4 Prozent der Importe kamen aus Deutschland. Positive Impulse vermittelt nach gewissen Anlaufschwierigkeiten auch das Programm der Bundesregierung zur technischen Beratung, das sich auf das Gebiet Moskau, auf Stadt und Gebiet St. Petersburg bzw. Leningrad sowie auf die Gebiete Tjumen und Wladimir konzentriert. Dagegen bewegen sich die deutschen Direktinvestitionen in Rußland, die für Innovation und internationale Wirtschaftsverflechtung des Landes langfristig wichtiger sind als öffentliche Kredite, mit 137 Mio. DM 1994 weiterhin auf niedrigem Niveau (wobei manche investive Leistungen aus der Bundesrepublik statistisch freilich nur unzureichend erfaßt sind). Die Gründe hierfür liegen in den bekannten mangelnden Rahmenbedingungen in Rußland, dessen Führung ganz offensichtlich die Bedeutung eines attraktiven Investitionsklimas weiterhin unterschätzt und Direktinvestitionen in den Regionen zumindest nicht fördert.² Jedenfalls liegen viele deutsche Investitionsprojekte insbesondere im Rohstoff- und Energiebereich sowie bei der verarbeitenden Industrie vorläufig auf Eis.

So ist zu vermuten, daß die Direktinvestitionen russischer Unternehmen in Deutschland (und hier insbesondere in Ostdeutschland) derzeit größer sind als deutsche Investitionen in Rußland. Weil Art und Umfang russischer Direktinvestitionen weniger bekannt sind, seien dazu hier als Beispiele genannt: der Einstieg von Rosneft bei den Leunawerken mit einer Beteiligung von 23 Prozent; das Engagement von Gazprom mit einer 35-Prozent-Beteiligung bei BUNA; der Kauf der Papierfabrik Pirna durch die Sokolniki-Gruppe mit einer Investitionsauflage von über 300 Mio. DM; das Angebot der Textilvereinigung Rostekstil zum Einstieg bei der Märkischen Faser; der Kauf der Firma Addidol Mineralöl durch ein Unternehmen aus Baschkortostan.³ Nimmt man die in Deutschland investierten Fluchtgelder hinzu - sie werden auf jährlich rund 100 Mio. DM geschätzt -, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis: Russische Unternehmen tragen in gewissem Maße durchaus zum "Aufschwung Ost" bei. Jedenfalls sieht das russische Kapital ganz offensichtlich gerade in Deutschland eine geeignete Ausgangsbasis, um durch Direktinvestitionen in komplementären, meist energienahen westlichen Unternehmen im Westen überhaupt Fuß zu fassen.

Um die rechtlichen und bürokratischen Hürden auf dem russischen Markt zu überwinden und ihre Wettbewerbsposition zu stärken, haben deutsche Unternehmen in Rußland im März 1995 einen

¹ Zur deutschen Position vgl.: "We need a strong Russia as an economic partner", Interview mit dem Bonner Moskau-Botschafter O. von der Gablentz, in: *International Affairs* (Moskau), Juni 1994, S. 58-68, hier S. 67. Zum Gesamtkomplex siehe E. Müller-Hermann (Hrsg.), *Königsberg/Kaliningrad unter europäischen Perspektiven*, Bremen 1994.

² Vgl. dazu *Russische Föderation: Rahmenbedingungen unzureichend*, in: *VWD Osteuropa* (Eschborn), Nr. 126/4.7.1995, S. 7. Der Beitrag resümiert die Ergebnisse einer von der Deutschen Botschaft in Moskau organisierten Konferenz zum Thema "Deutsche Investitionen in Rußland - Investitionsklima 1995".

³ Vgl. hierzu H.-H. Höhmann/Chr. Meier, *Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen: Stand, Probleme, Perspektiven*. Teil II: Bereiche, Tendenzen, Szenarien, *Berichte des Bundesinstituts*, Nr. 56/1994, S. 11f.; sowie *VWD Osteuropa*, Nr. 79/25.4.1994, S. 2.

"Verband deutscher Wirtschaft" in Moskau gegründet. Die Vereinigung will ihren Mitgliedern vorrangig bei Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsfragen behilflich sein, Kontakte zu russischen Geschäftspartnern und Behörden herstellen sowie gezielt Informationen über den russischen Markt anbieten. Otto Wolff von Amerongen, der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, wertete diesen Schritt als einen Beweis für das langfristige Vertrauen der deutschen Wirtschaft in den Standort Rußland und betonte: "Einen Verzicht auf Rußland in der internationalen Arbeitsteilung kann sich niemand leisten, vor allem Deutschland nicht."¹

Ganz wichtig für die breitere Fundierung einer Partnerschaft Rußland-Deutschland ist schließlich etwas, was beide früheren totalitären Staaten als geschlossene Systeme ganz bewußt strikt unterbunden hatten: die spontane und massenhafte Begegnung der Menschen beider Länder, die vielfältige Zusammenarbeit zwischen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gruppen und Vereinigungen. Auch in Westeuropa waren es nicht allein diplomatische Akte und wirtschaftliche Interdependenzen, die das Zusammenwachsen der Länder förderten und alte "Erbfeindschaften" überwandten. Nicht minder wichtig hierfür war das, was der Moskauer und Kölner Weltbürger Lew Kopelew die spontane "Volksdiplomatie" genannt hat: die eng geknüpften Netzwerke zwischen Personen, Gruppen und Organisationen unterhalb der offiziellen staatlichen Ebene.²

Ansätze für solche Begegnungen "von unten" sind auf vielen Feldern vorhanden, beispielsweise in Form von Städtepartnerschaften und kulturellen Initiativen, von Vorüberlegungen zur Bildung einer gemeinsamen Historikerkommission und eines dezentral angelegten russisch-deutschen Jugendwerks. Eine ganz neue Erfahrung bildete schließlich die Begegnung mit Vertreterinnen der russischen Soldatenmütterbewegung, die in einer bisher einmaligen Form zivilen Ungehorsams couragiert gegen Krieg und Soldatenschinderei auftritt (im Mai 1995 wurde eine Delegation der Bewegung u.a. von Bundestagspräsidentin Süssmuth empfangen). Die beiderseitige Förderung solcher vielfältiger Initiativen wäre zweifellos eine wichtige Investition in die Zukunft, da sie gerade die jungen Generationen zusammenführen und die Keime einer Zivilgesellschaft in Rußland stärken würde.

Realismus statt überhöhter Erwartungen

Die Anfangsphase der deutsch-russischen Beziehungen nach der Vereinigung Deutschlands war, wie erwähnt, wechselseitig mit hohen Erwartungen verbunden. In Deutschland wurde vielfach vermutet, Rußland werde sich, nachdem es die Fesseln des Kommunismus abgeschüttelt habe, relativ schnell in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft entwickeln. Umgekehrt hieß es nicht selten in Moskau, Deutschland werde nach rascher Überwindung der Einigungsprobleme ganz wesentlich zum Aufbau einer florierenden Wirtschaft in Rußland beitragen. So entstand in der wechselseitigen Perzeption die Zukunftsvision einer Art Symbiose Rußland-Deutschland - gleichsam als positives Gegenbild zu der tragischen Periode von nazideutschem Vernichtungskrieg und zwei Varianten des Totalitarismus.

Solche Zukunftsvisionen sind unrealistisch und sogar gefährlich, da sie auf beiden Seiten fast zwangsläufig zu Rückschlägen und Enttäuschungen führen müssen. Welches aber sind die Aus-

¹ Stimme Rußlands, 17.3.1995, sowie VWD Osteuropa, Nr. 55/17.3.1995, S. 3.

² So in seinem Beitrag: Deutsche und Russen in Europa, in: B. Faulenbach/M. Stadelmaier (Hrsg.), a.a.O., S. 31.

gangsbedingungen für den Erfolg einer langfristig angelegten Politik von Partnerschaft und Kooperation zwischen Deutschland und Rußland?

Die *deutsche* öffentliche Meinung sollte vorschnelle Negativurteile vermeiden und sich immer wieder vor Augen führen, daß im neuen Rußland noch auf längere Zeit kein Konsens über Grundwerte und nationale Identität herrschen wird.¹ Rußland ist in eine Phase des Übergangs eingetreten, in der unterschiedliche und sogar gegensätzliche Ansätze nebeneinander existieren: alte und neue politisch-kulturelle Tendenzen; Elemente von Freiheit und Autoritarismus; Ansätze von Marktwirtschaft und Rückfälle in staatliche Wirtschaftslenkung; Pochen auf Zentralismus und Streben nach regionaler Autonomie; Konzepte traditionellen Großmachtverhaltens und Ansätze zu pragmatischer Realpolitik im Zeichen von Partnerschaft und Kooperation. Angesichts der Offenheit der Entwicklungen in Rußland geht es darum, die negativen Aspekte nicht von vornherein zu verabsolutieren, sondern die Fähigkeit der russischen Gesellschaft zu weiterer Evolution nicht auszuschließen. Insofern ist es richtig, wenn Bundeskanzler Kohl davor warnte, die Schwierigkeiten der komplexen Transformationsprozesse in Rußland mit westlichen Maßstäben zu messen, und wenn er dabei betonte: "Es geht hierbei um die Praxis und nicht um abstrakte Themen, die Studenten und Politologen tagtäglich in den Universitäten des Westens diskutieren."²

Gleichwohl sollten deutliche Warntafeln für den Fall aufgestellt werden, daß Rußland weiterhin international vereinbarte Normen und Abmachungen verletzt. Wichtig wäre darüber hinaus neben den üblichen Beziehungen zur Regierung die Pflege permanenter Kontakte zu Repräsentanten der kritischen Reformkräfte in Rußland. Der Empfang von Jabloko-Chef Jawlinskij durch Bundeskanzler Kohl und Oppositionsführer Scharping noch während des Tschetschenienkriegs bildete hier ein deutliches Signal.³ Das gleiche gilt für das Treffen von Außenminister Kinkel mit hochrangigen Vertretern demokratischer Formationen in St. Petersburg, darunter mit dem "Rußlands Wahl"-Vorsitzenden Gaidar, dem Jabloko-Führungsmitglied Lukin und Oberbürgermeister Sobtschak. Dieses Treffen vom Juni 1995, das von der liberalen Fraktion des Europa-Parlaments organisiert wurde, bildete ein bewußtes und deutliches Signal der Ermutigung und Unterstützung für die Demokraten in Rußland.⁴

Die politischen Eliten *Rußlands* ihrerseits sollten die Fähigkeit Deutschlands zu materieller Unterstützung der Reformprozesse nicht überschätzen. Deutschland wird sich - nicht nur materiell - noch längere Zeit auf die Folgen der Vereinigung konzentrieren müssen. Darüber hinaus sieht es sich zunehmendem Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten gegenüber, der zu einschneidenden Wirtschaftsstrukturereformen zwingt und zu erheblichen sozialen Spannungen führen könnte. Im übrigen sollten in Rußland keine Mißverständnisse entstehen, wenn Deutschland nicht nur als Partner, sondern gegebenenfalls auch als Widerpart auftritt. Ein Beispiel ist der Tschetschenienkonflikt: Rußland hat sich verpflichtet, auch im eigenen Land im Hinblick auf De-

¹ Hierzu und zum Folgenden H. Vogel et al., Rußland und Deutschland sollten sich nicht überfordern, in: Frankfurter Rundschau, 6.3.1995 (russ. Fassung in: Segodnja, 15.3.1995).

² Interview zum Abschluß seines Moskau-Besuchs, Itar-Tass, 22.11.1993.

³ Vgl. das Jawlinskij-Interview: Annäherung an Rußland mit heißem Herz und kühlem Verstand, Frankfurter Rundschau, 10.3.1995.

⁴ Ausführlich dazu A. Poznjakov, Rossijskie demokraty rasskazali o sebe svoim evropejskim kollegam, in: Segodnja, 28.6.1995.

mokratie und Menschenrechte strikt jene Verhaltensregeln einzuhalten, die das Land im Rahmen der KSZE unterzeichnet hat und die der Beitritt zum Europarat sowie der Partnerschaftsvertrag mit der Europäischen Union implizieren. Die Nichtbeachtung dieser Verpflichtungen würde zweifellos zu starken Irritationen in den deutsch-russischen Beziehungen führen. Jedenfalls wird Deutschland in ähnlichen Fällen wie Tschetschenien gemeinsam mit der internationalen Staatenwelt auch in Zukunft kritische Fragen an Rußland richten, denn die anvisierte gesamteuropäische Friedensordnung kann sich nicht auf Unterdrückung nationaler Minderheiten und Verletzung der Menschenrechte gründen.

Die Reaktion der Jelzin-Führung auf die Entscheidungen von Europäischer Union und Europarat unterstreicht, daß ihr die Reaktion im Westen keineswegs gleichgültig ist.¹ Jede russische Regierung wird nicht nur aus ökonomischen Gründen an Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert sein, "keine russische Führung wird die ungebremsste Selbstisolierung Rußlands gegenüber dem Westen und seine einseitige außenpolitische Orientierung nach Osten zum Programm erheben".² Allerdings läuft Rußland gegenwärtig Gefahr, aus seinem politisch, wirtschaftlich und militärisch geschwächten Großmachtstatus heraus Sonderrechte zu beanspruchen und daraus Handlungsoptionen abzuleiten, durch die sich das Land schließlich selbst isoliert. Würden die Russen mit ihren jüngsten Drohungen Ernst machen - unterstrich Außenminister Kinkel -, so "bedeutet dies das Ende der bisherigen Zusammenarbeit mit dem Westen auch in anderen Bereichen".³

Szenarien

Eingangs wurde auf folgenden zentralen Tatbestand verwiesen: Rußlands historische Probleme liegen großenteils darin, daß es der äußeren Machtentfaltung Vorrang vor der inneren Modernisierung des Landes gab. Heute steht Rußland - zugespitzt ausgedrückt - erneut vor der Alternative, seine Größe als dynamischer Reformstaat oder als furchteinflößender Militärstaat zu gewinnen. Russischen Angaben zufolge ist Rußlands politische Elite - bei allen Varianten innerhalb der Großgruppen - in Vertreter gerade dieser beiden Richtungen geteilt, wobei sich zugleich ein fragiler Konsens auf der Basis eines unterschiedlich stark ausgeprägten Nationalismus abzeichnet.⁴ Was bedeutet dies für die Zukunft der russisch-deutschen Beziehungen? Welche Szenarien sind angesichts der äußerst labilen Bestimmungsfaktoren der russischen Entwicklungen denkbar?

Ein *optimistisches Szenario* ist gekennzeichnet durch erfolgreiche Systemtransformation und zügigen Strukturwandel. Dabei formieren sich entlang spezifischer Werteorientierungen und sich verfestigender Interessengruppen stabile politische Parteien mit tatsächlichem Einfluß auf die Exekutive. Insgesamt konzentriert Rußland seine Energie auf die innere Entwicklung und strebt im Verhältnis zu den GUS-Staaten integrative Beziehungen ohne Zwangsausübung an. Als selbstbewußte und respektierte Großmacht vertritt Rußland zwar seine spezifischen nationalen

¹ Siehe hierzu meinen Beitrag: Rußland ist die Reaktion des Westens keineswegs gleichgültig, in: Frankfurter Rundschau, 6.7.1995.

² So G. Simon, Der Krieg in Tschetschenien - Folgen für Rußland. Fünf Thesen, Aktuelle Analysen des Bundesinstituts, Nr. 7/1995, S. 5.

³ "Leider hat Moskau immer noch Angst", Interview mit dem Spiegel (Hamburg), Nr. 15/10.4.1995, S. 20.

⁴ Vgl. hierzu S. Èugrov, Change and continuity of Russia's perceptions of its national interests and Germany's role, Manuskript, Moskau 1995.

Interessen, doch geschieht dies in partnerschaftlicher Kooperation mit dem Westen. Ein solches Szenario, das die Voraussetzungen für ein gefestigtes Partnerschaftsverhältnis Rußland-Deutschland schaffen würde, schien den politischen Eliten beider Länder 1991/92 durchaus möglich. Heute jedoch ist es eher unwahrscheinlich, da ihm wesentliche Bestimmungsfaktoren in Rußland entgegenstehen.

In einem *pessimistischen Szenario* kumulieren sich in Rußland wirtschaftlich-sozialer Abschwung, Zusammenbruch von Infrastrukturen, ökologische Katastrophen, Ausbreitung organisierter Kriminalität. Es kommt - unter Mitwirkung des Militärs - zur Etablierung eines autoritär-nationalistischen Regimes mit folgenden zentralen Programmpunkten: Rückkehr zu staatsgelenkter Wirtschaft bei gesicherter Grundversorgung; Forcierung einer abgestuften Politik neoimperialen Zuschnitts gegenüber den Ländern der GUS, des Baltikums und Ostmitteleuropas; eine von Protektionismus und verstärkter Machtprojektion geprägte Politik gegenüber dem sogenannten "fernen Ausland". Möglicherweise würde ein solches Regime zu Lasten Ostmitteleuropas ein Sonderarrangement mit Deutschland suchen, wie es Shirinowskij und andere Vertreter der "Nationalpatrioten" in ihren geopolitischen Phantasien gelegentlich vorschlagen. Auch dieses Szenario, das Deutschland gemeinsam mit seinen Verbündeten zweifellos zum Abbruch aller Bemühungen um Partnerschaft mit Rußland, möglicherweise sogar zu einer Politik des Neo-Containment veranlassen würde, ist wenig wahrscheinlich, allerdings auch nicht völlig auszuschließen. Angesichts der Prozesse von gesellschaftlicher Differenzierung, politischer Demokratisierung und regionaler Autonomisierung wäre es nur unter hohen Kosten und kaum dauerhaft durchsetzbar.

Am wahrscheinlichsten scheint ein *drittes Szenario*. Gekennzeichnet ist es durch einen transformationspolitischen Stop-and-go-Prozeß ohne stabiles Profil auf Seiten der Machträger sowie durch eine permanente Selbstanpassung der Gesellschaft. Statt der schwachen politischen Parteien werden es die großen Interessengruppen der staatlichen und privaten Wirtschafts- und Finanzwelt sein, die die Exekutive zu beeinflussen suchen, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Stichworte sind: Beibehaltung eines starken Staatssektors versus Forcierung der Privatisierung; Staatsinterventionismus versus Stimulierung der Marktkräfte; Protektionismus versus außenwirtschaftliche Öffnung des Landes. In den Außenbeziehungen strebt Rußland diesem Szenario zufolge keine Wiederherstellung der alten Union an, sondern beschränkt sich unter Anwendung dosierten Drucks auf die Wiedergewinnung von politischem, wirtschaftlichem und militärischem Einfluß in den Ländern der GUS. Vom Westen erwartet Rußland, daß es als Großmacht mit spezifischen Interessen und daraus abzuleitenden Sonderrechten respektiert sowie als solche an der Entwicklung einer neuen europäischen Architektur angemessen beteiligt wird. Dabei schwankt das Land - auch im Hinblick auf übergreifende Werte und Normen wie Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte - zwischen zwei Richtungen: einerseits einer Politik der Anbindung an Europa, an seine Institutionen und Organisationen, und andererseits dem Streben, als eurasische Macht den Kern einer *eigenen* transkontinentalen Einflußzone zu bilden.

Für die russisch-deutschen Beziehungen bedeutet dieses Szenario: Sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der internationalen Organisationen wird das Verhältnis immer wieder von wechselseitigen Irritationen und Reibungsverlusten geprägt sein. Gleichwohl gibt es zwischen

Rußland und Deutschland objektiv gesehen viele gemeinsame Interessen, so daß beide Seiten - auch Rußland - immer wieder Anlaß für enge Zusammenarbeit finden dürften. Für Deutschland jedenfalls gilt - in den Worten von Außenminister Kinkel: "Solange Rußland ja zu Europa sagt, sagen wir nicht nein zu Rußland!"¹ Denn Rußland als Partner in der weiteren Nachbarschaft ist für Deutschland von herausragender Bedeutung, da es die politische Lage in Ostmittel- und Osteuropa direkt und den Integrationsraum Westeuropas indirekt beeinflußt. Unter den westlichen Staaten ist Deutschland wahrscheinlich am stärksten an einer Einbindung Rußlands, an einer Vermeidung seiner Isolierung interessiert. So hängt es vor allem von den Verantwortlichen in Moskau ab, ob sie das Land in jene Isolierung führen, die sie zugleich als drohende Gefahr für ihr Land fürchten, oder ob sie die nationalen Interessen Rußlands so definieren, daß das Land tatsächlich zu einem konstruktiven und berechenbaren Partner der "zivilisierten Staatengemeinschaft" wird.

¹ Chancen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland, a.a.O., S. 125.

Heinz Timmermann

Russia and Germany

Russian-German Relations as an Integral Part of Pan-European Cooperation

Bericht des BIOst Nr. 39/1995

Summary

Introductory Remarks

After a period during 1991 and 1992 when mutual expectations ran high, German-Russian multilateral and bilateral relations have been characterised more by contradictory trends. While Germany provided strong support for Russia to join a series of international organizations, divergent views on the new security architecture in Europe, for example, and military adventures such as Moscow's war of annihilation in Chechnya have given rise to irritation. In bilateral relations, the ceremonial withdrawal of the "Western Group" of the ex-Soviet Army from Germany provided both sides another opportunity to declare their desire to intensify relations. Several problems in certain specific issues have remained unresolved, however, and these continue to burden German-Russian relations.

The present report discusses the current status and prospects of relations between Bonn and Moscow, in both their bilateral and multilateral dimensions, and concludes with an examination of scenarios that can be predicted for the future of these relations given extremely unstable factors in Russia. The study is based on official documents, press reports, and expert analyses from Russia and Germany.

Findings

- 1. The German-Russian partnership is being developed within entirely different parameters than in earlier periods. Both countries have gone beyond the concept of a "special mission" and have declared their acceptance of common basic values and principles. They have abandoned all attempts to create a new version of the special German-Russian relationship and are seeking to use their bilateral relations as supplementary and stabilising elements in pan-European cooperation.*
- 2. In this light, the leadership in Moscow assumes correctly that relations with Russia occupy a prominent place among German foreign policy priorities. This in turn stimulates Russia's interest in close relations with Germany. Consequently, Russian political elites and public opinion are generally less concerned by the revival of nationalism and traditional power politics in Germany than by any German indifference to Russia or by German participation in the isolation of a Russia perceived as a neo-imperialist power. Moscow considers it extremely important to have in Germany a powerful advocate obstructing the isolation of Russia and promoting Russia's inclusion in international*

organizations (as Russia supports in principle German membership on the UN Security Council in return). Germany did in fact intervene energetically in support of Russian participation in political discussions at the G7 summit meeting and hinted that Russia could also be included in discussions of economic problems, allowing the G7 to become a G8. In doing so, Germany is taking into account Russia's self-esteem as a great power and Moscow's attempt to establish institutional connections with the seven leading industrial powers which, to a great extent, shape global politics and control the most important international economic and financial institutions. Germany played a similarly active role in hammering out the EU-Russia partnership agreement of June 1994.

3. *From the Russian perspective, Germany's active role was especially important for two reasons: a) politically*, Moscow's interest in a close relationship with the EU rests on the perception that the Union will increasingly act independently on the international stage - especially in restructuring the region between the Baltic and the Black Sea. A partnership with the European Union reduces the danger that Russia will become detached and isolated from the process of European integration; b) *economically*, the partnership agreement, if it is fully implemented, offers Russia an opportunity to establish close ties with the EU which, as the terms of the agreement are arranged in an evolutionary way, could lead to something close to formal membership.
4. With reference to the CSCE, Germany did indeed - along with most other Member States - oppose Russia's attempts to turn this organization into a decision-making body for security policy in Europe. At the same time, Bonn showed great understanding for Moscow's wish to strengthen CSCE institutions and improve their ability to intervene in conflict situations. In all this, fundamental idea guiding German policy has been to involve Russia in the creation of and responsibility for the new European order proportionate to its importance as a great power and, at the same time, to commit Russia to respect jointly established principles. Doubtless, this general line was influenced not least by the fact that Russia respected the agreement to withdraw its remaining troops from Germany and the Baltic States. This withdrawal was in fact completed at the end of August 1994. Russia shifted towards the East geographically in order to come closer to the West politically.
5. Nonetheless, these auspicious beginnings have been tempered by developments which have had a negative influence on Russian-German relations. The massive violation of human rights during the Chechen war severely tested the strategy Germany had just pushed through regarding Russia's inclusion in European organizations. Multilateral German-Russian relations were indeed damaged considerably. Furthermore, significant Russian involvement in the outbreak of further potential conflicts in Eastern Europe could prove problematic for Russian-German relations. This would be true, for example, of certain variations of Moscow's policy to reintegrate the CIS countries - variations characterised not by OSCE procedures or by the free will of the participants but by overwhelming pressure and even the use of military force.
6. Finally, the plan to include the countries of Central and Eastern Europe in NATO, which Germany advocates in principle and which Russia by contrast decidedly rejects, is a source of mutual irritation. Currently the most Eastern country in the West, Germany finds itself

confronting a dilemma. On the one hand, it has taken a position as an outspoken advocate of including Central and Eastern Europeans in NATO (and the EU). As a "Western" country, which it became after the earlier special paths (Sonderwege) it followed led to catastrophe, Germany has an interest in being surrounded to the West and to the East by politically, economically, and culturally "Western" countries. On the other hand, Germany would like to keep Russia from feeling marginalised by the creation of new security structures in Europe and from again choosing the path of confrontation. Bonn and its Western allies face the difficult task of convincing Russia to become a constructive partner in the building of a pan-European security system and at the same time integrating the Central and Eastern Europeans in the European-Atlantic structures (concept of "cooperation and integration").

7. In bilateral relations, both sides are eager to build on the positive start achieved in 1991 and 1992. Germany perceives Russia as its central political partner in Eastern Europe and, with a trade turnover of approximately 23 billion DM (1994), constitutes Russia's largest trading partner world-wide. Russia in turn sees Germany as its most important partner in promoting modernisation, and so far has conspicuously left Bonn out of its criticism of Western policies towards the East.
8. Beyond the various positive developments, several problems have disrupted bilateral relations. These include the lukewarm follow-up of Moscow's commitment to granting statehood to the Volga Germans or to resettling ethnic Germans from Central Asia into resettlement areas in western Siberia; the return of German cultural assets seized during the War which, although agreed by treaty, has yet to be implemented; and the low level of German direct investment in Russia. The reasons for this latter issue lie in the undeniable lack of suitable investment conditions in Russia, whose elites very clearly underestimate the importance of creating an attractive climate for investment and, at least, fail to promote direct investment in the regions.
9. Given the above-mentioned problems, realism should take the place of lofty expectations on both sides. Russia should not overestimate Germany's ability to support reform processes in material ways. Germany will have to concentrate - and not just materially - on the ramifications of its own unification for a long time. And misunderstanding should not arise in Russia if Germany does not always act as a partner and in certain cases takes an opposing position. German public opinion, on the other hand, should avoid forming overhasty negative opinions and should always remind itself that Russia has entered a complex transitional phase in which conflicting and even contradictory approaches coexist. Given the openness of developments, negative aspects should not be seen as absolutes *a priori*, and Russian society's ability to evolve further should be factored in.
10. The character of Russian-German relations will depend very significantly on which schools of thought and which constellations of power will shape policy in Moscow in the future. It is unlikely that a scenario in which the system is transformed successfully and structures are changed rapidly providing a basis for a solid partnership between Germany and Russia will be achieved. There are too many significant obstacles to such a course in Russia. By contrast, we cannot completely dismiss the pessimistic scenario which combines economic and social decline, infrastructural collapse, ecological catastrophe, and the proliferation of organized crime. A

development of this kind would make German-Russian relations very difficult - especially if Russia resorted to compensatory aggressiveness abroad.

11. A third scenario appears the most probable. It is characterised by a stop-and-go process in transformation policy, with no clear position taken by those in power, and by an ongoing process of social self-adjustment. In this scenario, key interest groups from the State and private economic and financial sectors, and not the weak political parties, would seek to influence the executive, albeit in differing directions. The resulting struggle would be between: the retention of a strong State sector versus forced privatisation; State interventionism versus the stimulation of market forces; protectionism versus opening the country to foreign trade. In foreign relations, Russia will not seek to restore the old union in this scenario; instead, it will restrict itself to using limited pressure to regain political, economic, and military influence in the CIS countries. From the West, Russia expects to be respected as a great power having specific interests and consequently special rights, and as such to participate proportionately in the development of a new European architecture. The country is thus wavering between two courses, also as regards such dominant values and norms as democracy, pluralism, and human rights. On the one hand, there is the policy of forging links to Europe, to its institutions and organizations, and, on the other, there is Russia's ambition to be the centre of its own transcontinental sphere of influence as a Eurasian power. For Russian-German relations, this scenario has the following consequences. Relations will constantly be characterised by mutual irritations and friction both at bilateral level and in the context of international organizations. At the same time, Russia and Germany objectively have many common interests, such that both sides - Russia as well - should always be able to find grounds for close cooperation.